

NR. 4, DEZEMBER 2023

OSTGRÜN

BULLETIN DER KANTONE SG, TG, GL, GR UND SH



- › **EINORDNUNG DER WAHLEN:** ÜBER STILLE UND LAUTE WAHLERFOLGE SEITE 5
- › **MOBILITÄT:** UMSETZUNG DER VELOINITIATIVE SEITE 9
- › **AUTOBAHNEN:** TUNNELBLICK STATT WENDE IN SCHAFFHAUSEN SEITE 13



LIEBE GEHT DURCH DEN GARTEN.

Ihre Lieblingspflanzen jetzt in unserer Biogärtnerei oder im biopflanzen-shop.ch

neubauer

neubauer.ch

...sorgt für Leben im Garten

BEREIT FÜR DIE ERSTEN FLOCKEN?

CURAU
WWW.CURAU.CH

Mit unseren Flocken bleibt die Kälte draussen!

Im Einklang mit der Natur



Guido Leutenegger
www.natur-konkret.ch

Das tier- und naturfreundlichste Label der Schweiz



COMEDIA

Katharinengasse 20, 9004 St.Gallen
Tel. 071 245 80 08, medien@comedia-sg.ch



Die Genossenschafts-Buchhandlung mit dem besonderen Angebot und dem guten Service. Auch für Bibliotheken, Schulen, Institutionen.

www.comedia-sg.ch mit unseren Buch-, Comic/Manga-, WorldMusic- und Veranstaltungstipps und dem grossen Medienkatalog mit E-Shop!

umfassendes Tee- & Kräutersortiment

pflanzliche Rohstoffe & Grundnahrungsmittel

transparent & verantwortungsbewusst
plastikfrei oder unverpackt
überwiegend bio & vegan
seit 2000 bio zertifiziert



10 % Kennenlern-Rabatt mit Code OstGruen

online oder Ladeneinkauf
teewerk.ch Meierhofstr. 14 8274 Tägerwilen 071 667 09 03

Markus Allemann Naturgärten GmbH

Herzklopfen

Planung, Ausführung und Unterhalt von Naturgärten

8577 Schönholzerswilen
Telefon 071 633 29 84
www.natur-gaerten.ch



GUT DÄMMEN IST AKTIVER KLIMASCHUTZ

Melden Sie sich unverbindlich für ein Angebot. Wir beraten Sie gerne bei Ihrem Projekt.

Dienstleistungen:

- Energetische Sanierungen mit nachhaltigen Materialien an Dach und Wand
- PV-Anlagen
- klassische Zimmerei und Holzbauarbeiten

Wezel Holzbau GmbH, 9410 Heiden

☎ 077 209 89 98

✉ info@wezel-holzbau.ch

🌐 www.wezel-holzbau.ch

EIN BEWEGTES GRÜNES JAHR

Liebe GRÜNE

Ein bewegtes Jahr geht zu Ende. Das Klimaschutz-Gesetz wurde von der Bevölkerung angenommen. Endlich gelang es mit vereinten Kräften, die Bevölkerung zu mobilisieren. Das JA kam zustande. Ein klares Zeichen, dass die Bevölkerung vorwärts machen will beim Klimaschutz. An der nationalen Klimademo forderten zehntausende Menschen – darunter auch wir GRÜNE aus der Ostschweiz – die rasche Umsetzung von Massnahmen. Die Klimabewegung lebt!

Trotz Verlusten unbeirrt in Richtung Zukunft

Trotzdem mussten wir im Wahlherbst schmerzhaft Verluste erleiden: Kurt Egger, Lisa Mazzone – um nur einige fantastische Menschen und Politiker:innen zu nennen, die sich mit so viel Herzblut und Wissen für eine lebenswerte und soziale Zukunft im Parlament eingesetzt haben. Ihnen gebührt ein grosses Dankeschön! Weniger Menschen haben uns gewählt. Dabei sind unsere Kernanliegen wie die Klimakrise dringlich. Wir müssen es wieder schaffen, die Menschen abzuholen und Visionen und Perspektiven zu schaffen. Wir müssen Wege finden, um erneuerbare Energien zu nutzen und gleichzeitig die Vielfalt der Arten zu fördern, um Migrant:innen teilhabenzulassen und einen Umgang mit dem Bevölkerungswachstum zu finden, um eine innovative und klimafreundliche Gesellschaft zu gestalten, obwohl die konservativen Kräfte erstarkt sind. Es ist wiederum an der Zeit, dass wir gross denken!

Unsere Regionalpartei GRÜNE Sarganserland hat nach einem bewegten Jahr dank der Gründung ebenfalls eine Vision: das Sarganserland soll «grüner» werden, sei es durch mehr Velowege, mehr Siedlungsgrün oder mehr PV-Anlagen auf den Dächern. Insbesondere wollen wir Frauen in die Politik bringen. Der Frauenanteil in den Gemeinderäten fällt mit knapp 18 Prozent bescheiden aus. Fürs Sarganserland sitzt seit knapp drei Jahren KEINE Frau im Kantonsrat. Dies wollen wir ändern: Wir wollen Frauen in die Gemeinderäte bringen und träumen von einem Sitz im Kantonsrat. Wir sind bereit, Verantwortung zu übernehmen!



Anita Wyss
Co-Präsidentin GRÜNE Sarganserland
anita.wyss@gruene-sg.ch



OSTGRÜN NR. 4/2023

Bulletin der GRÜNEN Ostschweiz
c/o GRÜNE Kanton St.Gallen
Postfach, 9001 St.Gallen

Dezember 2023
Erscheint 3-4-mal jährlich

Auflage: 1860 Exemplare

Redaktion: Daniel Bosshard (SG), Kurt Egger (TG), Regula N. Keller (GL), Maya Cramerli (GR), Roland Müller (SH)

Autor:innen: Daniel Bosshard, Kurt Egger, Regula N. Keller, Sebastian Koller, Liridon Maliqi, Anita Mazzetta, Marlies Murer, Franziska Ryser, Peter Schmid, Anita Wyss

Gestaltung: Mischa Herzog

Titelbild: Klimademo, umverkehrR

Porträtfotos: S. 4 Patrick Itten,
S. 6 Béatrice Devènes

Druck: Druckerei Walpen, Gossau



Bild: Adobe Stock

CO₂-GRENZAUSGLEICH BEI IMPORTIERTEN PRODUKTEN

Durch eine ambitionierte Klimapolitik und höhere CO₂-Abgaben werden emissionsintensive Produktionen in der Schweiz und in Europa teurer. Damit diese Unternehmen trotzdem am Markt bestehen können und ihre Produkte nicht von Dumping-Preisen unterlaufen werden, braucht es einen Grenzausgleich.

Jedes Jahr verursacht die Schweiz über 112 Tonnen CO₂-Äquivalente. 67 Prozent dieser Emissionen werden aber nicht in der Schweiz, sondern im Ausland verursacht. Zwar gibt es immer mehr Länder, die CO₂ (und andere klima- und umweltschädliche Emissionen) bepreisen. Das führt aber auch dazu, dass es in einem Land ohne (oder mit geringen) Klimamassnahmen sehr viel günstiger ist, emissionsintensive Produkte wie beispielsweise Zement herzustellen. Die Folge: Die Produktion wird in diese Länder ausgelagert – und mit ihnen die Emissionen. Das schadet nicht nur dem Klima, sondern auch der Schweizer Wirtschaft. Denn die Produkte, die zu einem CO₂-Dumping-Preis hergestellt werden, werden auch wieder in den Schweizer Markt zurückgeführt und konkurrenzieren hier die lokal produzierenden Unternehmen.

Die Lösung für dieses Problem ist ein CO₂-Grenzausgleich (oder Carbon border adjustment mechanism, CBAM). Damit sollen bestimmte Produkte aus einem Land ohne (oder mit einem sehr tiefen) CO₂-Preis beim Import in

die Schweiz «nachbesteuert» werden. Damit verhindern wir, dass energieintensive Unternehmen einem unfairen Wettbewerb ausgesetzt werden.

«Wir werden alles daran setzen, damit uns hiermit der nächste Schritt in der Klimapolitik gelingt.»

Zudem ermöglicht es ihnen, mit gleichlangen Spiessen wie ausländische Produzenten am Markt zu agieren.

Die EU geht voran

Das hat auch die EU erkannt. Während sie in den nächsten Jahren den CO₂-Preis im Rahmen ihres European Green Deals deutlich erhöhen wird, führt sie gleichzeitig an ihrer Grenze einen CO₂-Grenzausgleich ein. Das muss auch die Schweiz tun. Eine parlamentarische Initiative von mir wurde von beiden Umweltkommissionen gutgeheissen – jetzt wird eine Vorlage erarbeitet. Nur der Bundesrat stellt sich quer und will erst einmal abwarten. Damit laufen wir Gefahr, zur Umgehungplattform für CO₂-Dumping-Produkte in Europa zu werden.

Unterstützung aus der Industrie

Unterstützung erhalten wir hingegen von Teilen der Wirtschaft. Die Zement- und die Stahlindustrie wollen nachhal-

tiger werden und ihrer Verantwortung nachkommen. Deshalb unterstützen sie einen CO₂-Grenzausgleich für die Schweiz. Im neuen Jahr (und im neuen Parlament) kommt die Vorlage in die Beratung. Wir werden alles daran setzen, damit uns hiermit der nächste Schritt in der Klimapolitik gelingt.



Franziska Ryser
Nationalrätin GRÜNE SG



Bild: GRÜNE Schweiz

ÜBER LAUTE UND STILLE WAHLERFOLGE

Peter Schmid war 1987 bis 1995 Nationalrat der GRÜNEN und von 1987 bis 1990 Präsident der Föderation der grünen Parteien der Schweiz. Er verfolgt das politische Geschehen aktiv, schreibt Leserbriefe für die GRÜNEN und schaltet Inserate. Im folgenden Gastkommentar analysiert er die Nationalratswahlen.

Nach einem langen und schon früh begonnenen Wahlkampf hat sich nun im Thurgau eine Sitzverschiebung ergeben, die man auf den ersten Blick den ungleichen finanziellen Ressourcen zuschreibt, welche die Parteien und Kandidaten zur Verfügung hatten. Bemerkenswerter ist jedoch, wie sich durch das Wahlsystem in der Schweiz trotzdem nur kleine Verschiebungen in der Wählergunst ergaben, die für schweizerische Verhältnisse für beachtenswert gehalten werden. Gerade im Kanton Thurgau führten Veränderungen um Zehntelsprozente dazu, dass die SVP ihre drei Sitze halten konnte, die Freisinnigen ihren Sitz zurückgewannen, und die GRÜNEN den ihrigen verloren. Wer nun die Ergebnisse der Nationalratswahlen im Thurgau seit 1983 verfolgt hat, kommt zu folgenden Erkenntnissen:

1. Die GRÜNEN als progressive Partei mit neuen Ideen muss immer damit rechnen, so lange auf Widerstand zu stossen bis sich ihre Forderungen auf breiterer Basis als berechtigt herausstellen. Deshalb ist eine solche Partei in der Wählergunst starken Schwankungen unterworfen.

2. Diese Schwankungen wirken sich besonders in Kantonen aus, die aufgrund ihrer Einwohnerzahl eine relativ kleine Abordnung ins Bundeshaus entsenden können. So ist es Kantonen, die wie der Kanton Thurgau nur über sechs Sitze verfügt, selten vergönnt, eine grüne Vertretung abzuordnen und dort aufrecht zu erhalten.

3. Es braucht dazu ausser der Wählergunst noch eine grüne Welle, wie dies 1987 als Folge des Reaktorunfalls in Tschernobyl und der Chemiekatastrophe in Basel und 2019 aufgrund des erwiesenen Klimawandels der Fall war. Die sogenannten «grünen Wellen» waren stets Reaktionen auf Ereignisse, die hautnah die Gefährdung unserer Lebensgrundlagen einer breiten Bevölkerung bewusst machten. Dann hielten es viele Wahlberechtigte für angebracht, die grünen Forderungen durch ihr Wahlverhalten zu unterstützen. So konnten auch Kantone mit bescheidenen Sitzzahlen eine grüne Vertretung nach Bern entsenden.

4. Ein grosser Wahlerfolg der GRÜNEN führt jedoch dazu, dass sich die traditionellen Parteien veranlasst sehen, ebenfalls ihre Politik danach

auszurichten. Das ist grundsätzlich zu begrüessen, führt aber dazu, dass Wechselwähler wieder zu ihren angestammten Parteien zurückkehren, weil diese ja mindestens teilweise die grünen Anliegen übernommen haben.

5. So betrachtet ist das aktuelle Ergebnis der Sitzverschiebung nicht einfach als Niederlage und Versagen einer Partei zu bewerten, sondern als Folge dessen, dass sie nicht mehr die Einzigen sind, welche die Notwendigkeit einer veränderten Lebenshaltung eingesehen haben. Ideal wäre es indessen, wenn die Allgemeinheit nach diesen Einsichten zu handeln gewillt wäre, und es nicht mehr eine spezielle grüne Partei bräuchte, die den anderen Parteien von Zeit zu Zeit den Marsch blasen müsste.



Peter Schmid
Alt-Nationalrat GRÜNE TG



Bild: Lars Wolfner

GRÜNE WAHLBILANZ: ZWEITBESTES RESULTAT

Mit 9.8 Prozent Stimmenanteil haben die GRÜNEN ihre Wahlziele klar verfehlt. Gleichwohl erreichten die GRÜNEN das zweitbeste Resultat der Parteigeschichte. Die GRÜNEN bleiben mit 23 Sitzen im Nationalrat und drei im Ständerat eine relevante und breit abgestützte Kraft im Bundesparlament.

KEG. Die GRÜNEN konnten in einem schwierigen Umfeld den Erdrutsch-Sieg von 2019 nicht überzeugend bestätigen. Zum schwierigen Umfeld beigetragen hat einerseits eine veränderte globale Themenlage (Pandemie, Kriege, Migration), welche die gesellschaftliche Grundstimmung weg von einem progressiven Geist, dafür hin zu einem Bedürfnis nach Schutz und Sicherheit veränderten. Aus diesem können konservative Kräfte einen Vorteil ziehen, während grüne Parteien eine Demobilisierung erfahren. Hinzu kamen innenpolitisch dominante soziale Themen wie die Krankenkassenprämien. In den Medien waren die GRÜNEN sehr oft in der Defensive, manchmal sogar bei Klima- und Energie-Themen. Oft wurde vorab über Klimakleber und die Walliser Alpinsolar-Abstimmung gesprochen. Diesen Grundströmungen und schwierigen Ausgangslagen begegneten die GRÜNEN nur ungenügend.

Die Zahlen

Die GRÜNEN konnten 12 der 2019 geholten zusätzlichen 17 Nationalratssitze und drei der fünf Ständeratssitze verteidigen. Sitze gingen verloren in Zürich (4 statt 5), Bern (3 statt 4), Waadt (3 statt 4), Genf (2 statt 3) und

im Thurgau (0 statt 1) sowie die Ständeratssitze in Genf und in der Waadt. Die Sitzverluste fallen deutlich geringer aus als der Verlust an Wähler*innenanteil. Die GRÜNEN haben in 16 Kantonen eine nationale Vertretung und die Jungen Grünen sind weiterhin mit Abstand die meistgewählte Jungpartei. Vergleicht man die Resultate in den Kantonen, so fällt auf, dass die GRÜNEN in den meisten ländlichen Kantonen wenig(er) verloren haben (SZ, GR, FR, SG, TG, SH, SO, VS: zwischen +0.1 bis -2.2 %). In Kantonen mit städtisch geprägten GRÜNEN waren die Verluste grösser (LU, ZH, NE, VD, GE: zwischen -4.1 und -12.5 %).

Die OSTGRÜN-Kantone

2019 erhöhten die GRÜNEN in der Ostschweiz ihre Vertretung im nationalen Parlament von Null auf drei Sitze. Ständerat Mathias Zopfi und Nationalrätin Franziska Ryser konnten ihre Sitze problemlos verteidigen, während Nationalrat Kurt Egger seinen Sitz leider verlor. Die GRÜNEN erzielten folgende Resultate: SG 8.7 % (-1.8 % gegenüber 2019), TG 8.5 % (-2.1), GR 5.2 % (-0.3)

und SH 4.8 % (-2.0). Die GRÜNEN GL traten bei den Nationalratswahlen nicht an. St.Gallen und der Thurgau liegen nur noch geringfügig unter dem nationalen Durchschnitt von 9.4 Prozent. Dies deutet darauf hin, dass es in den vergangenen Jahren gelungen ist, ihre Strukturen zu stärken. Trotzdem gibt es noch Luft nach oben. Damit die Ostschweizer GRÜNEN in Bern weiterhin eine wichtige Rolle spielen, muss es das Ziel sein, ihre Vertretung bei den nächsten Wahlen wieder deutlich zu erhöhen.

«Ständerat Mathias Zopfi und Nationalrätin Franziska Ryser konnten ihre Sitze problemlos verteidigen.»



Kurt Egger
Alt-Nationalrat GRÜNE TG



Bild: Patrick Itten

THURGAUER SITZERHALT

KNAPP VERFEHLT

Die GRÜNEN Thurgau verlieren nach vier Jahren ihren Nationalratssitz. Kurt Egger muss den Platz in Bern räumen. Die Parteien der Listenverbindung (GRÜNE mit SP und GLP) verloren zu viele Stimmenanteile. Die ökologisch-sozialen Kräfte des Kantons Thurgau sind damit in Bern deutlich untervertreten.

KEG. Die GRÜNEN Thurgau führten eine intensive und aufwändige Wahlkampagne wie noch nie. Das Resultat ist kaum auf Versäumnisse der Kantonalpartei zurückzuführen. Vielmehr hat die nationale Themenkonjunktur dazu geführt, dass am Schluss nur wenig für den Sitzerthalt gefehlt hat. Es hätte gereicht, wenn lediglich 700 Wählende ihren Wahlzettel anstatt für die SVP für die GRÜNEN, die SP oder die GLP eingelegt hätten. Alle drei

Listenpartnerinnen verloren Wähler:innenanteile, die SP 2.4%, die GRÜNEN 2.1% und die GLP 1.4%. Der Verlust von total 6% wog um 0.9% zu schwer. Links-grün verfügt damit lediglich über einen von sechs Nationalratssitzen (jenen von Nina Schläfli von der SP) und keinen Ständeratssitz. Mit einem Stimmenanteil von über 25% sind sie damit im nationalen Parlament deutlich untervertreten. Mit dem Thurgauer Sitz verlieren auch die Ostschweizer

GRÜNEN einen Sitz. Sie sind nun lediglich noch mit Ständerat Mathias Zopfi und Nationalrätin Franziska Ryser in Bern vertreten.

Beachtliche Erfolge der GRÜNEN

Kurt Egger hätte gerne weitergemacht. Er hat sich in den letzten Jahren in Bern gut eingearbeitet und sich über die Parteigrenzen hinaus einen Namen als Energie- und Klimaspezialist erarbeitet. Nach dem Nein zum CO2-Gesetz im Jahr 2021 hat Kurt Egger massgeblich beachtlich viele gelungene Reformen mitgeprägt: Verlängerung der Massnahmen des CO2-Gesetzes, Klimaschutzgesetz als Gegenvorschlag zur Gletscher-Initiative, Parlamentarische Initiative Girod mit Verlängerung und Ausweitung der Förderung erneuerbarer Energien bis 2030, Wind- und Solar-Express, naturverträgliche Energie- und Stromgesetz-Revision (Mantelerlass) sowie die Verankerung der Schweizer Kreislaufwirtschaft. Für alle diese Reformen waren die GRÜNEN und ihre starke Vertretung im Parlament entscheidend. Das wurde aber von den Medien ignoriert oder nicht anerkannt. Damit bekam die Bevölkerung das Gefühl: Es geht ja auch ohne GRÜNE vorwärts.

NEU IM VERLAG AM BACH:



Tessin über Stock...
Neues Layout, schönerer Umschlag, integrierter Bergbeizführer aktualisiert, 8 Seiten neu geschrieben, 70 S., Fr. 16.-, 4. Aufl.

Mit Marktcalendar Tessin und Oberitalien und Vorstellung **Ticino-Ticket**
Natur, Kultur und Tessiner Bergtouren

Ausser "Wallis" und "Zürich" sind noch alle Wanderbüchlein erhältlich, siehe www.verlagambach.ch in gut sortierten Buchhandlungen oder direkt beim Verlag 071 463 11 40 oder: verlagambach@gmail.com

Auf Euer Echo freut sich *Hannes Stricker*

Winterwandern:
Neues Layout, schönerer Umschlag, integrierter Bergbeizführer aktualisiert, 6 Seiten neu geschrieben 54 S., Fr. 14.-, 10. und letzte Aufl., Vorwort: Dr. Walter Lang.

Das ideale Mitbringsel

(ALLE WANDERBÜCHLEIN GEDRUCKT IM THURGAU)





Bild: Robert Furrer

AUF DIE SIEGESSTRASSE

ZURÜCKKEHREN

Vor vier Jahren holten die GRÜNEN neun Sitze im St.Galler Kantonsrat und damit deutlich Fraktionsstärke. Bei den Erneuerungswahlen vom 3. März 2024 soll mindestens die Sitzanzahl gehalten, wenn nicht sogar weiter ausgebaut werden. Die GRÜNEN treten in allen acht Wahlkreisen zu den Wahlen an.

DBO. Am 3. März stehen in St.Gallen Kantonsratswahlen an. Die GRÜNEN wollen den nationalen Trend umkehren und auf die Siegesstrasse zurückkehren. Ihr Minimalziel ist es, die neun bisherigen Sitze zu halten und im Wahlkreis Toggenburg einen weiteren Sitz hinzuzugewinnen. In einigen Wahlkreisen besteht zudem Potenzial für zusätzliche Sitzgewinne.

In drei Wahlkreisen treten die GRÜNEN zusammen mit der GLP mit gemeinsamen Listen an. In diesen Wahlkreisen wurde auch die Möglichkeit geprüft, alleine anzutreten oder gemeinsame Listen mit der SP zu bilden. Ein Alleingang könnte die Gefahr bergen, dass die GRÜNEN keinen Sitz gewinnen und die SP sogar jeweils einen Sitz verlieren könnte. Durch die Zusammenarbeit mit der GLP besteht die beste Chance, zusätzliches Wählerpotenzial zu mobilisieren. So können die bisherigen Sitze der «Klima-Allianz» gehalten und möglicherweise sogar weitere Sitzgewinne erzielt werden.

Wahlkreis St.Gallen

Am 25. November nominierten die GRÜNEN Stadt & Region St.Gallen ihre 29-köpfige Liste (siehe Foto). Von den

Bisherigen treten **Margot Benz** und Regierungskandidat **Daniel Bosshard** wieder an. **Thomas Schwager**, der seit 2014 im Rat sitzt, tritt nicht mehr an. Zusätzlich gibt es eine Liste der Jungen Grünen.

Wahlkreis Wil

GRÜNE prowil und GRÜNE Wil-Land treten mit zwei eigenen Listen an, die von den Bisherigen **Michael Sarbach** und **Judith Durot** angeführt werden.

Wahlkreis Rheintal

Fraktionspräsident **Meinrad Gschwend** vertritt als amtsältester Kantonsrat den Wahlkreis Rheintal. Die Listengestaltung ist noch nicht spruchreif.

Wahlkreis See-Gaster

Nach dem Umzug von Kantonsrat Marco Fäh ins Toggenburg treten die GRÜNEN Linth mit **Tanja Zschokke** nur noch mit einer Bisherigen an. Geplant sind drei Listen: Hauptliste, Junge Grüne & Newcomers sowie Evergreens.

Wahlkreis Toggenburg

Kantonsrat **Marco Fäh** will seinen Sitz neu im Toggenburg erobern. Dies soll mit einer gemeinsamen Liste mit der GLP gelingen.

Wahlkreis Rorschach

Der Sitzgewinn von **Jeannette Losa** war die grosse Überraschung vor vier Jahren und soll nun bestätigt werden. Dieses Mal treten die GRÜNEN mit einer vollen Liste an. Unter anderem steht auf dem zweiten Listenplatz der Steiner Gemeinderat **Diego Müggler**.

Wahlkreis Sarganserland

Die jüngste Sektion der GRÜNEN Kanton St.Gallen treten gemeinsam mit der GLP mit zwei Listen an: einer Frauen- und einer Männerliste. Die Frauenliste wird angeführt von der 46-jährigen **Anita Wyss**, die Männerliste von Alt-Kantonsrat Jörg Tanner von der GLP. Ein Sitz für die gemeinsamen Listen liegt im Bereich des Möglichen.

Wahlkreis Werdenberg

Im einzigen Wahlkreis ohne grüne Regionalpartei gehen die GRÜNE ebenfalls eine gemeinsame Liste mit der GLP ein. Auf der 9er-Liste stehen drei grüne Kandidierende. Darunter die 45-jährige Primarlehrerin **Katrin Szacsvey-Frischknecht**, die bereits bei den Nationalratswahlen auf der Newcomers-Liste angetreten ist.



Bild: velofahrer.ch

UMSETZUNG DER VELO-INITIATIVE

Das neue Veloweggesetz verpflichtet Kantone und Gemeinden, zusammenhängende Velowegnetze zu realisieren. Damit das kein frommer Wunsch bleibt, braucht es politischen Druck. Auf Kantons- und Gemeindeebene sind gesetzliche Grundlagen zu schaffen und Ressourcen bereitzustellen.

SKO. Im Jahr 2015 lancierten Pro Velo Schweiz und weitere Organisationen die eidgenössische Volksinitiative «zur Förderung der Velo-, Fuss- und Wanderwege» (Velo-Initiative). Die eidgenössischen Räte beschlossen als direkten Gegenvorschlag eine Änderung von Artikel 88 der Bundesverfassung, welche in der Volksabstimmung vom 23. September 2018 mit einem Ja-Stimmenanteil von 73.6 Prozent angenommen wurde. Gestützt auf den neuen Verfassungsartikel wurde das Bundesgesetz über die Velowege (Veloweggesetz) erlassen, welches seit dem 1. Januar 2023 in Kraft steht.



Einige Velowege wurde geschaffen, viele fehlen noch, um der bundesweiten Verpflichtung nachzukommen.

Das Veloweggesetz stellt einen Meilenstein für die Förderung des Veloverkehrs dar. Der Bund nimmt damit nicht nur sich selbst, sondern – was in der föderalistischen Schweiz nicht selbstverständlich ist – auch die Kantone und Gemeinden in die Pflicht. Letztere müssen bis Ende 2027 zusammenhängende Velowegnetze in und zwischen den Siedlungsgebieten planen. Die behördenverbindliche Planung muss eine angemessene Netzdichte und direkte Streckenführungen gewährleisten. Gleichzeitig müssen die Velowege einen homogenen Ausbaustandard ausweisen, sicher und attraktiv sein. Mit dem Alltags-Velonetz sind insbesondere Wohngebiete, Arbeitsplätze, Schulen, Haltestellen des öffentlichen Verkehrs, öffentliche Einrichtungen, Einkaufsläden, Freizeit- und Sportanlagen zu erschliessen und zu verbinden. Die geplanten Velonetze sind bis 2042 umzusetzen.

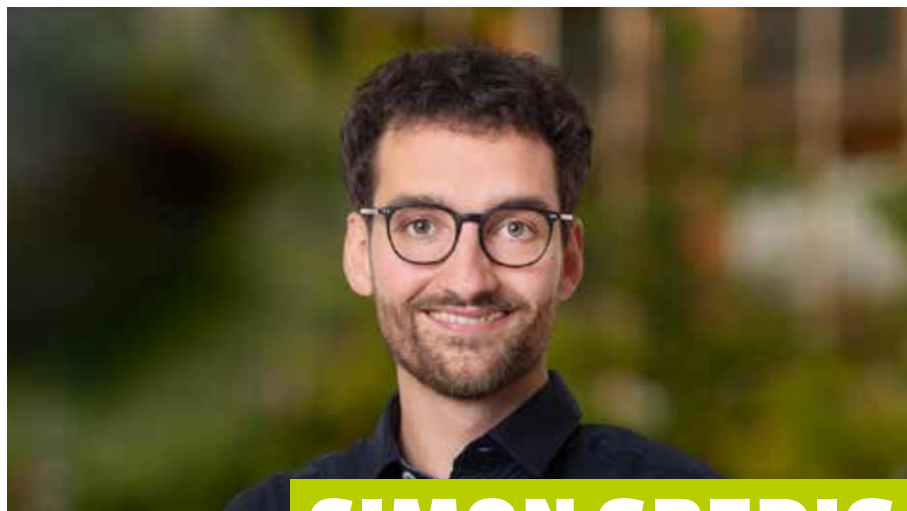
Richtlinien und Ressourcen gefragt

Für die Planung stehen nur noch gut vier Jahre zur Verfügung, die Zeit drängt also bereits. Leider scheinen die Behörden vielerorts den gesetzlichen Planungsauftrag nicht sonderlich ernst zu nehmen. Die GRÜNEN sollten

es sich deshalb zur Aufgabe machen, in den Kantonen und Gemeinden die fristgerechte Umsetzung des Veloweggesetzes anzumahnen. Im St.Galler Kantonsrat hat Jeannette Losa kürzlich eine entsprechende Interpellation eingereicht. Darin stellt sie unter anderem die Frage, ob die bisherigen kantonalen Gesetzesgrundlagen und Richtlinien genügen, um den erforderlichen Ausbaustandard der Veloinfrastruktur sicherzustellen. Zudem möchte sie von der Regierung wissen, ob der Kanton genügend personelle und finanzielle Ressourcen bereitgestellt hat, um die Velonetzplanung fristgerecht vorzunehmen.

Nachahmer gesucht

Es wäre erfreulich, wenn der Vorstoss von Jeannette Losa im ganzen OSTGRÜN-Gebiet Nachahmer*innen finden würde. Das Veloweggesetz stellt ein machtvolles Instrument dar, um die Interessen des Veloverkehrs auf politischer Ebene und falls nötig auf dem Rechtsweg durchzusetzen. Nutzen wir es! Das Klima wird es uns danken.



SIMON GREDIG

IN DEN CHURER STADTRAT

Die Freie Liste/GRÜNE will zurück in den dreiköpfigen Stadtrat. Die Fraktionsgemeinschaft hat den Grossrat der GRÜNEN, Simon Gredig, als Kandidat für die Churer Stadtratswahlen nominiert. Mit Simon Gredig soll der Churer Stadtrat moderner, lebendiger und zugänglicher werden.

AMA. Der Churer Stadtrat ist ein Anachronismus. Als fast letzte Gemeinde im Kanton hat Chur ein nur dreiköpfiges Regierungsgremium. Entsprechend wichtig sind die Personen, die im Stadtrat Einsitz nehmen. Nach drei Jahren Stillstand, fehlender Mitwirkung und perspektivloser Stadtplanung ist klar: Die Freie Liste/GRÜNE gehört zurück in den Stadtrat. Die Fraktionsgemeinschaft hat aus diesem Grund an ihrer ausserordentlichen Mitgliederversammlung vom 26. Oktober 2023 Simon Gredig für die Stadtratswahl nominiert.

Engagiert und geschätzt

Simon Gredig ist die beste Wahl für den Churer Stadtrat: Als engagierter Churer

ist er breit abgestützt und weitherum geschätzt. Als Grossrat und Mitglied der grossrätlichen Geschäftsprüfungskommission ist er im ganzen Kanton vernetzt und vertraut mit Finanz- und Aufsichtsfragen. Als Umweltnaturwissenschaftler ETH ist er fachlich kompetent und umfangreich ausgebildet. Und als Geschäftsführer von Pro Velo Graubünden ist er ein erfahrener Projektleiter und Macher. Kurz: Simon Gredig bringt sämtliche Voraussetzungen mit, um die Stadt Chur als Stadtrat weiterzubringen und für die Zukunft fit zu machen.

Grandioser Startschuss

Vor vier Jahren hat die GRÜNE Anita Mazzetta die Wahl in den Stadtrat knapp verfehlt. Unter anderem aufgrund einer mächtigen Kampagne der damaligen Mitte-Kandidatin. Für die GRÜNEN und die Freie Liste ist klar: An der Kampagne darf der Wahlerfolg diesmal nicht scheitern. Aus diesem Grund hat die Freie Liste/GRÜNE bereits im November 2023 einen fulminanten Kampagnenstart hingelegt. Der Startschuss mit Medienkonferenz, Hausversand in alle Churer Haushalte, Plakatkampagne, Video, Webseite und sozialen Medien stiess auf sehr viel Echo.

Die Freie Liste/GRÜNE sind sicher: Mit dieser Kampagne können die Churerinnen und Churer überzeugt werden, Simon Gredig in den Stadtrat zu wählen. Und das ist dringend nötig: Die Stadt Chur verfolgt im Moment eine Politik, die es fertigbringt, fast sämtliche Erkenntnisse moderner Stadtplanung zu ignorieren. Eine moderne Verkehrspolitik, die Mitwirkung der Bevölkerung, lebendige Quartiere: was selbstverständlich tönt, muss in Chur hart erkämpft werden. Genau dafür steht Simon Gredig mit seiner Kandidatur ein.

Der grüne Grossrat Simon Gredig steht für eine neue politische Generation in Chur: Gradlinig, engagiert und überparteilich vernetzt. Wählen wir am 9. Juni 2024 Zukunft. Wählen wir Simon Gredig.

Mehr zu Simon Gredig: simongredig.ch





Bild: Patrick Itten

DANIEL BOSSHARD

IN DIE REGIERUNG

Die GRÜNEN des Kantons St.Gallen wollen Regierungsverantwortung übernehmen. Sie treten daher mit Daniel Bosshard zu den Gesamterneuerungswahlen vom 3. März 2024 an. Der 40-jährige Umwelt-naturwissenschaftler ETH, Unternehmer und Kantonsrat bringt ein vielfältiges Profil mit.

SKO. Die Mitglieder der GRÜNEN Kanton St.Gallen trafen sich am Donnerstag, 23. November 2023 zu einer ausserordentlichen Versammlung im Kulturpunkt Flawil, um ihren Kandidaten für die Regierungswahlen vom 3. März 2024 zu nominieren. Die Anwesenden folgten einstimmig dem Antrag des Kantonalvorstandes, Daniel Bosshard ins Rennen um einen Sitz in der Regierung zu schicken.

Bereit für Regierungsverantwortung
Franziska Ryser, Vizepräsidentin und Nationalrätin, betonte zu Beginn der Medienkonferenz, dass die GRÜNEN den Kanton St.Gallen nachhaltig mitgestalten und Regierungsverantwortung übernehmen wollen. Die Kantonalpartei habe deshalb im Frühjahr



Medienkonferenz zur Regierungskandidatur, v.l.n.r.: Franziska Ryser, Daniel Bosshard und Rebekka Schmid.

2023 eine Findungskommission eingesetzt, welche Gespräche mit drei interessierten Personen geführt habe. Zwei der Bewerbungen seien im Verlauf des internen Auswahlverfahrens zurückgezogen worden. Der Vorstand stehe nun geschlossen hinter der Kandidatur von Daniel Bosshard.

Vielfältiges Profil

Daniel Bosshard, Jahrgang 1983, ist am südlichen Zürichseeufer im Kanton Schwyz aufgewachsen. Er absolvierte zunächst eine kaufmännische Lehre und arbeitete als Logistikkordinator in einem multinationalen Chemieunternehmen. Die Verantwortung dieses Unternehmens für einen gravierenden Chemieunfall im Ausland hat sein politisches Bewusstsein geweckt. Nach-

dem er in St.Gallen die Matura auf dem zweiten Bildungsweg gemacht hatte, studierte Bosshard an der ETH Zürich Umwelt-naturwissenschaften. Zurück in St.Gallen arbeitete er mehrere Jahre als Fachmitarbeiter im kantonalen Amt für Natur, Jagd und Fischerei, bevor er sich als Un-

ternehmer mit einem Büro für ökologische Beratung selbständig machte.

Daniel Bosshard sass 2021 im Stadtparlament St.Gallen und rutschte im September des gleichens Jahres in den Kantonsrat nach. Seit 2020 ist Bosshard zudem Präsident der GRÜNEN Kanton St.Gallen.

Gestaltungswille und Pragmatismus

Daniel Bosshard betonte an der Medienkonferenz seine vielfältigen beruflichen Erfahrungen. Dies ermöglicht es ihm, unterschiedliche Perspektiven einzunehmen. Dies stellt einen bedeutenden Vorteil dar, insbesondere in der Politik, wo es darum geht, ausgewogene Lösungen zu erarbeiten. Als Vater von zwei Kindern ist es ihm zudem ein besonderes Anliegen, den künftigen Generationen eine intakte Umwelt zu hinterlassen. Auch für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Chancengerechtigkeit in der Bildung und ein zukunftstaugliches Gesundheitswesen will Daniel Bosshard sich als Regierungsrat einsetzen.

Die OSTGRÜN-Redaktion wünscht Daniel Bosshard einen erfolgreichen Wahlkampf.



Bild: Nils Gygi

DAS MACHT HOFFNUNG:

EIN ANDERER ADVENTSKALENDER

Gemeinsam können wir etwas verändern, manchmal in grossen, teilweise auch nur in kleinen Schritten. Im Folgenden präsentieren wir euch Leser*innen 23 gute Nachrichten. Wir freuen uns auch auf eure Gedanken und Anregungen: sekretariat@gruene-gl.ch.

<p>1 Lies «Goodnews» – die App, die Hoffnung macht.</p>	<p>«Nicht weil es schwierig ist, wagen wir etwas nicht, sondern weil wir es nicht wagen, ist es schwierig.» (Seneca)</p>	<p>13 Mattel bringt genderneutrale Barbiepuppen auf den Markt.</p>	<p>Lesetipp (Geschenktipp): «Europa ohne Flieger» - 80 inspirierende und nachhaltige Reiseideen.</p>	<p>10 Internationaler Tag der Menschenrechte - Inkraftsetzung durch die UNO 1948</p>
<p>14 Die hierzulande installierte PV-Leistung entspricht der Hälfte der Produktion des AKW Gösgen.</p>	<p>Klima-Vorzeigeregion: WWF unterstützt Region Glarus auf dem Weg zur Klimaneutralität.</p>	<p>15 Weniger wegwerfen: EU-Kommission fordert Recht auf Reparatur.</p>	<p>Heute schon im Zug oder beim Veloständer dein Gegenüber angelächelt oder begrüsst?</p>	<p>«Eine queerfeministische Lesung in Glarus zieht so viel Publikum an, dass es zusätzliche Stühle braucht.» Anna Rosenwasser</p>
<p>18 Heute schon etwas für die Biodiversität getan?</p>	<p>Frauen aus Afghanistan erhalten in der Schweiz Asyl – und nicht mehr nur eine vorläufige Aufnahme.</p>	<p>16 In über 600 Gemeinden in der Schweiz können Ausländer*innen abstimmen und wählen.</p>	<p>Zum Schutz von Delfinen und Walen: Frankreich schränkt Fischerei ein.</p>	<p>3'000 Eheschliessungen und Umwandlungen eingetragener Partnerschaften innerhalb eines halben Jahres!</p>
<p>24 Deine Anregung oder Goodnews an: sekretariat@gruene-gl.ch.</p>	<p>21 Norwegen: Grösste Kohlemine in der Svea-Bucht stillgelegt.</p>	<p>17 KlimaGlarus verhilft zu günstigen Solarpanels auf Balkonen.</p>	<p>Text: Marlies Murer und Regula N. Keller Grafik: Mischa Herzog</p>	<p>22 Gönn dir jetzt einen warmen Tee für dein Gemüt. Noch etwas Honig?</p>
<p>7 GL: Grüner Ständerat Mathias Zopfi mit 7286 Stimmen wiedergewählt.</p>	<p>12 EU verbietet irreführende Werbung mit klimaneutralen Produkten.</p>	<p>20 CH: 20 Kantone verfügen über eine eigene Anlaufstelle für Betroffene von Genitalbeschneidung, neu auch Zürich.</p>	<p>23 Tipp gegen Foodwaste: siehe app Too good to go</p>	<p>9 Der Nationalrat unterstützt Verbot von Konversionsmassnahmen an LGBTQ+ Personen.</p>



Bild: www.faesenstaubtunnel.ch

TUNNELBLICK STATT WENDE

In Schaffhausen plant das ASTRA einen Autobahnausbau. Direkt betroffen sind dabei Teile der Stadt Schaffhausen. Die Projektphase steht kurz vor der Finalisierung. GRÜNE in Politik und verkehrspolitischen Umweltorganisationen wehren sich seit Jahren.

LMA. Der geplante Autobahnausbau in Schaffhausen hat die Kapazitätserweiterung des Fäsenstaubtunnels sowie den Ausbau der A4 zwischen Schaffhausen und Herblingen zum Gegenstand. Gemäss den Plänen des ASTRA soll der Tunnel um eine zweite Röhre erweitert werden. Das Projekt wurde bislang von verschiedenen Seiten stark kritisiert. Es gibt Forderungen nach transparenter Kommunikation, Prüfung von Alternativen und einer besseren Integration der Anliegen der Bevölkerung. Die GRÜNEN Schaffhausen machen sich für einen Stopp des Ausbaus stark, setzen sich für alternative Ausbauvarianten ein und versuchen, flankierende Massnahmen für die Stadt zu optimieren.

Der Tunnel und die Entlastung vom motorisierten Verkehr

Der Fäsenstaub-Tunnel wurde 1996 eröffnet. Eines der Ziele des Tunnelprojekts war, die Stadt Schaffhausen vom motorisierten Verkehr zu entlasten. Im Jahr 2016 präsentierte das ASTRA Pläne für eine zweite Tunnelröhre. Nach gerade mal 20 Jahren trat erneut eine

millionenschwere Kapazitätserweiterung auf den Plan.

Wie wir aus Untersuchungen wissen, fallen ca. 40 Prozent der Autofahrten in die Kategorie des Freizeitverkehrs. Lediglich 20 Prozent der Fahrten werden für berufliche Zwecke getätigt.

Zudem sind bei etwa der Hälfte aller Autofahrten die zurückgelegten Strecken kürzer als 5 km. Eine optimale Distanz also, um das Velo zu nutzen. Hält man sich noch die Tatsache vor Augen, dass nur ein Viertel der Tunnelfahrten reiner Transitverkehr ist, dann erscheint ein erneuter Kapazitätsausbau als sehr fragwürdig.

GRÜNE wehren sich auf allen Ebenen

Die GRÜNE in Schaffhausen beteiligen sich aktiv an der Diskussion und der Kritik am Ausbauprojekt. Allen voran Daniela Furter, welche im Grossen Stadtrat (Stadtparlament) sitzt. Sie kritisiert, dass bisher weder Anwohner:innen noch die Interessengemeinschaft Fäsenstaub, welche sich für Betroffene einsetzt, in den Planungs-

prozess eingebunden wurden. Weiter hält sie fest, dass die Stadt Schaffhausen vor vollendete Tatsachen gestellt wurde. Dies, obwohl sie am meisten von den Bauarbeiten betroffen sein wird.

So folgte aus der Feder von Daniela Furter ein Postulat im Stadtparlament. Darin forderte sie den Schaffhauser Stadtrat auf, alternative Ausbauvarianten zu prüfen. Diese sollten dann mit dem bestehenden Projekt des ASTRA verglichen werden. Im Interview auf Seite 15 dieser Ausgabe des OSTGRÜN gibt sie Auskunft darüber, wie dieses Vorhaben des Bundes in das Schaffhauser Verkehrskonzept passt, geht auf geforderte Alternativen ein und schaut auf die zukünftige Entwicklung des Projekts.



Liridon Maliqi
Vorstand GRÜNE Schaffhausen

«Wie wir aus Untersuchungen wissen, fallen ca. 40 Prozent der Autofahrten in die Kategorie des Freizeitverkehrs.»



Bild: Mieterinnen- und Mieterverband

AUTOBAHNEN UND MIETER:INNENSCHUTZ

Diesem Ostgrün liegen zwei Unterschriftenbögen bei: gegen den Autobahnausbau und zum Angriff auf das Mietrecht. Die Redaktion des Ostgrün bittet euch, die Referenden zu unterstützen und eure Unterschriften möglichst bis Mitte Dezember 2023 einzuschicken.

Nein zu fossilen Monsterprojekten

Das Parlament hat 5.3 Milliarden Franken für den Ausbau der Autobahnen beschlossen. Alle geplanten Projekte liegen in oder vor den Türen von grösseren Städten: Bern, Basel, St. Gallen, Schaffhausen, Genf und Nyon. Die Pläne widersprechen den neu im Klimaschutzgesetz verankerten Klimazielen. Ein Kapazitätsausbau führt zu Mehrverkehr und in wenigen Jahren ist wieder mit Stau zu rechnen. Zur Reduktion von Staus muss der Autoverkehr konsequent auf den ÖV, den Fuss- und den Veloverkehr verlagert oder über kürzere Wege und Telearbeit vermieden werden.

Nein zum Angriff auf das Mietrecht

Die Immobilien-Lobby will den Kündigungsschutz schwächen und die Anfechtung überhöhter Mietzinse erschweren. Der Kündigungsschutz soll bei Eigenbedarf der Vermieterschaft und bei der Untermiete verschlechtert werden. Künftig soll bei einer Kündigung die Lebenssituation der Mieter:innen – auch wenn sie prekär ist – nicht mehr mitberücksichtigt werden. Die Mieter:innen sitzen bereits heute am kürzeren Hebel und müssen oft überhöhte Mieten bezahlen. Mit den Vorlagen erhalten die Vermieter:innen noch mehr Macht.

Abstimmungen vom 3. März 2024 Ja zur 13. AHV-Rente

Wer ein Leben lang gearbeitet hat, verdient eine gute Rente. Die Hälfte aller Personen, die 2017 in Rente gingen, müssen mit weniger als 3476 Franken Rente pro Monat über die Runden kommen. Gleichzeitig steigen Mieten und Krankenkassenprämien. Besonders gross ist der Rentenrückstand bei den Frauen. Jede Erhöhung der AHV-Renten ist die effektivste Art, um das Renteneinkommen von Frauen zu verbessern und die Rentenlücke zu schliessen. Dank der sozialen Finanzierung erhalten 92 Prozent der Versicherten mehr aus der AHV, als sie einzahlen. Bundesrat und Parlament lehnen die Initiative ab.

Nein zur Renteninitiative der Jungfreisinnigen

Die Renteninitiative der Jungfreisinnigen verlangt die Erhöhung des Rentenalters von Männern und Frauen auf 66 Jahre, anschliessend soll das Rentenalter mit der Lebenserwartung weiter steigen. Eine Koppelung des Rentenalters an die Lebenserwartung berücksichtigt weder die sozialpolitische noch die arbeitsmarktliche Situation.

Diejenigen, die es sich leisten können, werden auch in Zukunft früher gehen. Von einer Rentenaltererhöhung sind besonders jene betroffen, die nicht früher gehen können. Die Verkäuferin, die Pflegefachfrau, die Kita-Mitarbeiter, der Handwerker und der Gärtner müssen in Zukunft länger arbeiten. Bundesrat und Parlament lehnen die Initiative ab.

ABSTIMMUNGSEMPFEHLUNG

JA	Volksinitiative für eine 13. AHV-Rente
NEIN	zur Renteninitiative der Jungfreisinnigen



Bild: GRÜNESH

NACHGEFRAGT BEI

DANIELA FURTER

Der Fäsenstaubtunnel bewegt Daniela Furter. Mitten in der Stadt Schaffhausen will das ASTRA einen zusätzlichen Tunnel bauen. Daniela Furter schaut genau hin und stellt kritische Fragen zur Nachhaltigkeit und demokratischen Einbindung der Betroffenen. Befragt hat sie Liridon Maliqi.

Wie passt der geplante Autobahnausbau in die langfristige Verkehrsplanung für Schaffhausen?

Die Stadt Schaffhausen hat mit dem Gesamtverkehrskonzept 2020 die Weichen für eine nachhaltige Entwicklung der Mobilität gestellt. Eine Stabilisierung des motorisierten Individualverkehrs zugunsten des effizienteren ÖV und des Langsamverkehrs ist eines der Hauptziele. Die Stadt möchte damit einen Beitrag zur Reduktion der Treibhausgase in Übereinstimmung mit den Klimazielen des Bundes leisten. Mit dem Kapazitätsausbau des Fäsenstaubtunnels erreichen wir diese Ziele nicht. Damit wird ein veraltetes Mobilitätsverhalten für Jahrzehnte zementiert und lässt neue Mobilitätsformen im Keim ersticken.

Wie transparent und zugänglich war bislang die Kommunikation seitens Bund bezüglich des Projekts?

Es ist sehr schwierig an die Infos zu gelangen, obwohl die Herausgabe dem Öffentlichkeitsgesetz untersteht. Bewusst werden Infos zurückgehalten. Liegt das Projekt auf, muss innerhalb 30 Tage Einspruch erhoben werden. Dies ist eine äusserst kurze Zeitspanne. Die Aufgabe der Politik muss sein, früh-

zeitig zu informieren und die Interessen der Bevölkerung einzubeziehen.

Wie stehen die GRÜNEN Schaffhausen zum geplanten Ausbau?

Wir fordern, dass es keinen Kapazitätsausbau, auch nicht im Tunnel, gibt. Das heisst, wir sagen Ja zu einer Sanierung mit Rettungstollen oder für den Bau eines zweiten Tunnels mit je nur einer offenen Fahrbahn, so wie dies beim Gotthardtunnel geplant ist.

Die Interessengemeinschaft Fäsenstaub, welche sich für einen besseren Informationsfluss und den Einbezug der Betroffenen einsetzt, hat alternative Vorschläge formuliert. Wie lauten diese?

Der Kapazitätsausbau vom Ende des Tunnels bis nach Herblingen soll gestrichen werden. Die Ausfahrt Nord muss erhalten bleiben. Damit könnten knapp 200 Mio. Franken eingespart werden. Die Kosten-Nutzen-Analyse des ASTRA zeigt, dass die Baukosten doppelt so hoch sind, wie der erwartete volkswirtschaftliche Nutzen. Die Rentabilität ist somit von Anfang an nicht gegeben.

Wie werden die Anliegen und Bedenken der Bevölkerung in den weiteren Planungs- und Entscheidungsprozess einfließen können?

Wichtig scheint mir, dass wir nun das nationale Referendum zum klimaschädlichen Ausbau der Nationalstrassen unterstützen. Sobald das Projekt zum Ausbau Fäsenstaubtunnel öffentlich aufliegt, müssen wir GRÜNE in Schaffhausen bereit sein und Betroffene unterstützen.

ZUR PERSON

Daniela Furter ist 1979 geboren und in Schaffhausen wohnhaft. Sie sitzt für die GRÜNEN im Grossen Stadtrat der Stadt Schaffhausen (Stadtparlament). Dort gehört sie der Fachkommission für Bau, Planung, Verkehr und Umwelt an. Zu ihren politischen Schwerpunkten gehören die Erhaltung von Grünflächen, die Förderung von Langsamverkehr und die Bekämpfung von Littering. Zudem ist sie Geschäftsleiterin von Pro Velo Schaffhausen sowie ausgebildete Natur- und Umweltfachfrau.



GRÜNE KANTON TG

FEIERN GEBURTSTAG

Am 15. Dezember 1983 wurden die GRÜNEN Thurgau gegründet. An den vorgängigen Nationalratswahlen erreichten die GRÜNEN mit der «Freien Grünen Liste» bereits einen Stimmenanteil von fast 6 Prozent. Das ist ein Grund zum Feiern!

Wir freuen uns gemeinsam mit Gründungsmitgliedern und Ehrengästen aus der ganzen Schweiz und motivieren uns für künftige Herausforderungen. Für das kulinarische Wohl sorgt Natur Konkret und Frank Vetter begleitet musikalisch. Alle, die sich mit

den GRÜNEN verbunden fühlen, sind herzlich willkommen.

Wann

Sonntag, 7.1.2024 ab 9.45 bis 14 Uhr

Wo

Kulturforum, Bahnhofstr. 22, Amriswil

Anmeldung

Online bis 20. Dezember 2023 unter www.gruene-tg.ch/Anmeldung

OSTGRÜNE:

ANSCHLUSS FINDEN

Kantonalparteien

- GRÜNE Glarus
Ennetbühlerstr. 3
8755 Ennenda
www.gruene-gl.ch
sekretariat@gruene-gl.ch
- GRÜNE Graubünden
Bungertweg 16
7206 Igis
079 820 71 99
www.gruene-gr.ch
info@gruene-gr.ch
- GRÜNE Schaffhausen
Brüningstrasse 7
8200 Schaffhausen
www.gruene-sh.ch
info@gruene-sh.ch
- GRÜNE St.Gallen
Postfach
9001 St.Gallen
071 244 00 58
www.gruene-sg.ch
sekretariat@gruene-sg.ch

- GRÜNE Thurgau
Barbara Imholz, Aspenstr. 6
8580 Sommeri
071 410 06 01
www.gruene-tg.ch
sekretariat@gruene-tg.ch

OSTGRÜN, Redaktion und Inserate

- Kurt Egger, Präsident GRÜNE TG
079 207 84 37
kurt.egger@gruene-tg.ch
- Daniel Bosshard, Präsident GRÜNE SG
079 846 63 98
daniel.bosshard@gruene-sg.ch

Redaktionsschluss Ausgabe 1/24
10. Februar 2024

AGENDA OSTGRÜN

Details siehe Webseiten Kantonalparteien.

Glarus

www.gruene-gl.ch

- Freitag, 5.1., 19.00 Uhr Mitgliedertreff, Revier, Hintere Villastrasse 4, Ennenda

Graubünden

www.gruene-gr.ch

- Donnerstag, 25.1. Mitgliederversammlung Sektion VERDA Surselva
- Freitag, 22.3., 19.00 Uhr Mitgliederversammlung GRÜNE Graubünden mit Rahmenprogramm, Chur

St.Gallen

www.gruene-sg.ch

- Samstag, 6.1. Neujahrsgrossveranstaltung GRÜNE Linth und Toggenburg, Lichtensteig
- Samstag, 13.1., 17.00 Uhr Neujahrskonzert, GRÜNE Stadt St.Gallen, Scheune Habilon, St.Gallen
- Sa, 13.1., 10.00 Uhr Neujahrsgrossveranstaltung GRÜNE Prowil, Aula Kirchplatzschulhaus, Wil
- Fr, 19.1. Start Wahlkampagne GRÜNE Sarganserland, Bad Ragaz
- Donnerstag, 15.2., 19.00 Uhr «Kreislaufwirtschaft – Wie geht das?», Referat mit Peter Wenig, Denkbar, St.Gallen
- So, 3.3. Kantonsrats- und Regierungswahlen
- Fr, 8.3., 19.00 Uhr ordentliche Mitgliederversammlung GRÜNE Prowil, Aula Kirchplatzschulhaus, Wil

Thurgau

www.gruene-tg.ch

- Sonntag, 7.1., 9.45 Uhr 40 Jahre GRÜNE TG, Kulturforum, Amriswil
- Dienstag, 16.1., 19.15 Uhr Mitgliederversammlung GRÜNE TG, Frauenfeld
- Sonntag, 7.4. Wahlen Grosser Rat und Regierungsrat

National

www.gruene.ch

- Samstag, 27.01. DV der GRÜNEN CH, Luzern
- Samstag, 06.04. DV der GRÜNEN CH, Waadt